

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

19. Mai 1949.

In der heutigen (111.) Sitzung des Nationalrates wurden zwei Anfragen eingebracht, und zwar

338/J

A n f r a g e

der Abg. R e i s m a n n , Z e c h t l , Marianne P o l l a k und Genossen  
an den Bundesminister für Unterricht,  
betreffend Assistentenentlassungen an den österreichischen Hochschulen.

-.-.-.-.-

Das Bundesministerium für Unterricht hat Mitte März 1949 die Dienstverhältnisse einer Anzahl Assistenten und wissenschaftlicher Hilfskräfte (10 der Universität, 7 der Technischen Hochschule Wien usw.) zum 31. März gelöst.

Durch diese Massnahme wurde der durch den Personalmangel ohnehin schon schwierige Unterrichtsbetrieb der Hochschule empfindlich gestört. Darüber hinaus muss auch festgestellt werden, dass sie in ihrer Art durchaus den demokratischen Gepflogenheiten widerspricht und daher nur geeignet ist, das Vertrauen weiterer Kreise der Bevölkerung zu den Behörden zu erschüttern.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die nachstehende

A n f r a g e :

- 1.) Ist der Herr Bundesminister bereit zu erklären, welche Gründe für diese Massnahmen vorhanden waren?
- 2.) Was gedenkt der Herr Bundesminister zu tun, um derartige Vorkommnisse in Hinkunft zu verhindern?

-.-.-.-.-